

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1984
hier: Einzelplan 09
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft
— Drucksachen 10/280 Anlage, 10/639, 10/659 —

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Ein Abbau der Massenarbeitslosigkeit ist auch 1984 nicht zu erwarten. In nahezu allen Prognosen, auch der der Bundesregierung, wird sogar ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit für wahrscheinlich gehalten, denn:

— Der Haushalt 1984 wird erneut, wie schon der Haushalt 1983, die konjunkturelle Erholung bremsen, statt sie zu stärken.

— Die Zinsen werden insbesondere wegen der riesigen US-Haushaltsdefizite weltweit hoch bleiben. Denn nichts deutet auf eine Änderung der rein national orientierten und gegenüber dem Rest der Welt rücksichtslosen amerikanischen Wirtschafts- und Finanzpolitik hin. Die Bundesregierung hat sich erst gar nicht ernsthaft bemüht, die USA von diesem Kurs abzubringen.

Weiterhin überhöhte Zinsen aber werden einer nachhaltigen und dauerhaften Stärkung der Investitionstätigkeit der Unternehmen entgegenstehen.

— Traditionelle Industrieregionen befinden sich in einem existenzbedrohenden Umstellungsprozeß, der bei weiterer Untätigkeit der Bundesregierung den Arbeitsmarkt zusätzlich belastet und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hemmt.

Daher ist zu befürchten, daß die leichte Konjunkturerholung nicht von Dauer sein wird, daß sie gegen Ende 1984 schon wieder abflacht und die deutsche Volkswirtschaft 1985 mit sehr hoher Arbeitslosigkeit in eine erneute Rezession abgleitet, an deren Ende noch weit mehr Arbeitslose stehen.

Aufschwungszusammenhänge hegen und Nichtstun ist verantwortungslos. Wirtschaftspolitische Entscheidungen sind heute gefordert, um noch mehr Arbeitslosigkeit in den kommenden Jahren zu verhindern. Weiter Arbeitslosigkeit zu finanzieren, statt eine aktive Beschäftigungspolitik zu betreiben, ist eine unvernünftige Alternative.

II. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, beschäftigungspolitisch endlich aktiv zu werden und auf folgenden Gebieten Maßnahmen zu ergreifen:

1. Private und öffentliche Investitionen für Umwelt und Arbeit

Wir müssen die Chance nutzen, elementare Umweltbedürfnisse, wie die Erhaltung unserer Wälder, die Säuberung unserer Gewässer, die Reinigung unserer Luft, die Sicherung einer gesunden Trinkwasserversorgung zu erfüllen und gleichzeitig durch solche Umweltinvestitionen Hunderttausende von neuen Arbeitsplätzen zu schaffen.

Dazu ist ein „Sondervermögen Arbeit und Umwelt“ einzurichten, das auch durch Umweltabgaben finanziert wird und aus dem Hilfen für Umweltinvestitionen an private Unternehmen und Gebietskörperschaften gewährt werden. Das „Sondervermögen“ ist so auszugestalten, daß eine Sanierung unserer Umwelt und eine nachhaltige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit möglich ist.

2. Stärkung der öffentlichen Investitionstätigkeit

Bund, Länder und Gemeinden werden aufgefordert, dem seit 1980 eingetretenen starken Rückgang der öffentlichen Investitionen, insbesondere der Gemeinden, ein Ende zu machen und ihre Investitionsbudgets wieder aufzustocken.

Öffentliche Investitionen verbessern die Lebensbedingungen der Bürger, schaffen bessere Voraussetzungen für private Investitionen und tragen zur Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bei.

3. Sicherung und Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit

Es ist notwendig, die Investitions- und Innovationsbereitschaft der Wirtschaft zu stärken und die Bereitschaft zur Gründung selbständiger Existenzen besser zu fördern.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, politisch und gesetzgeberisch tätig zu werden, damit Kapital nicht durch falsche, insbesondere steuerliche Weichenstellungen in volkswirtschaftlich unrentable Bereiche gelenkt wird wie in Bauherrenmodelle, spekulatives Halten von Grundstücken, Abschreibungsgesellschaften und folglich für die Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen und für die Finanzierung von Investitionen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht zur Verfügung steht. Ebenso muß dafür gesorgt werden, daß Geldvermögen nicht länger nahezu ausschließliche Kapitalanlageform bleibt, sondern Beteiligungen an Unternehmen größeren Anteil an privaten Kapi-

talanlagen erlangen. Dazu müssen neue, breite Märkte für Beteiligungskapital geschaffen werden, wie etwa ein zweiter Aktienmarkt. Kurzum: Die Kapitalströme müssen umgelenkt werden – hinein in die Unternehmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

4. Umstrukturierungshilfen für traditionelle Stahl-, Kohle- und Werftstandorte

Wir können nicht alle Arbeitsplätze in diesen Branchen um jeden Preis erhalten. Aber wir müssen dafür sorgen, daß mit hohen volkswirtschaftlichen Kosten verbundene massive Einbrüche auf regionale Arbeitsmärkte in Folge von Massenentlassungen oder Firmenzusammenbrüchen vermieden werden.

Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, insbesondere für die Stahlindustrie ein eigenes Konzept für die Neuordnung dieser Branche zu entwickeln und die Vergabe von Subventionen an die Verwirklichung dieses Konzepts zu binden, statt ungezielte Subventionen zu verteilen, und mit den starken Unternehmen dieser Branche auf den marktwirtschaftlichen Tod eines der schwachen Unternehmen zu spekulieren.

Ferner müssen die traditionellen Industriestandorte mit massiven strukturellen Anpassungsproblemen sämtlich in das Programm zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen einbezogen werden; die Förderung im Rahmen dieses Programms ist aufzustocken.

5. Arbeitszeitverkürzung voranbringen

Um die Lücke zwischen Produktions- und Produktivitätsentwicklung zu schließen, ist die Verkürzung der Arbeitszeit notwendig. Die heute existierende Form der Arbeitszeitverkürzung – Arbeitslosigkeit für 2,3 Millionen Menschen – ist zutiefst ungerecht und für uns unannehmbar.

Wer Arbeitszeitverkürzung ablehnt, verfestigt die Arbeitslosigkeit. Die Forderungen nach der 35-Stunden-Woche und zur Lebensarbeitszeitverkürzung widersprechen sich nicht. Beides sind sinnvolle Wege zu dem gleichen Ziel. Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Vorruhestandsregelung ist unzureichend. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Vorschläge der SPD aufzunehmen.

Form und Ausgestaltung der Arbeitszeitverkürzung sind Sache der Tarifvertragsparteien. Die Bundesregierung, insbesondere der Bundeskanzler, werden deshalb aufgefordert, die ständigen Einmischungen in die Auseinandersetzungen und damit die Eingriffe in die Tarifautonomie zu unterlassen.

6. Aktive Arbeitsmarktpolitik ist gerade in der Krise notwendig

Die Bundesregierung wird aufgefordert:

— Durch Umschulung und Fortbildung Arbeitnehmern in einer Übergangszeit zu helfen und die Möglichkeiten zu

ihrer späteren Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß zu verbessern.

- Durch ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, wie es die SPD erarbeitet hat, das Angebot an Ausbildungsplätzen ausreichend zu erhöhen, um die Jugendarbeitslosigkeit entscheidend abzubauen und Maßnahmen der Jugendhilfe bedarfsgerecht auszuweiten.
- Durch Sonderprogramme für schwer vermittelbare Arbeitslose dem Problem der Dauerarbeitslosigkeit entgegenzuwirken.
- Durch aktive Arbeitsmarktpolitik konkrete Wiedereingliederungschancen für Frauen zu eröffnen.

7. Finanzierung beschäftigungspolitischer Maßnahmen

Die längerfristig angelegten Maßnahmen zur Förderung von Investitionen und Arbeitsplätzen können so finanziert werden, daß der mittelfristig notwendige Abbau der strukturellen Defizite nicht beeinträchtigt wird. In Betracht kommen in erster Linie solche Finanzierungsinstrumente, die auch dem Gesichtspunkt einer sozial gerechten Lastenverteilung Rechnung tragen. Folgende Finanzierungsinstrumente sind daher geeignet:

- Eine sozial gerechte Ergänzungsabgabe für Besserverdienende anstelle der verfassungsrechtlich fragwürdigen, finanzwirtschaftlich unergiebig und nicht investitionsfördernden „Investitionshilfeabgabe“,
- der Verzicht auf die von der Bundesregierung vorgeschlagenen wirtschafts- und finanzpolitisch sinnlosen Steuerenkungen für die Unternehmen, insbesondere bei der Vermögensteuer,
- der Abbau ungerechtfertigter Steuervorteile,
- der Teil des Bundesbankgewinns, der über die Ansätze des Finanzplanes 1983 bis 1987 hinausgeht,
- Umweltabgaben zur Finanzierung von Umweltinvestitionen.

Zur Stärkung der öffentlichen Investitionstätigkeit ist es unerlässlich, die Finanzausstattung der Gemeinden, die zwei Drittel der öffentlichen Sachinvestitionen tätigen, nachhaltig zu verbessern. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Forderungen zu unterstützen, die in dem Gesetzentwurf über „Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Gemeindefinanzen“ (Drucksache 10/537) und in dem Antrag zur „Fortsetzung der Gemeindefinanzreform“ (Drucksache 10/538) erhoben hat.

Bonn, den 6. Dezember 1983

Dr. Vogel und Fraktion